



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5 KÖLN 51, den  
Bayenthalgürtel 15  
Telefon: 38 06 41

12. Februar 1976

Ref.: 003.2. - RI/ja

RUNDSCHREIBEN Nr. 2/76

an die schweizerischen konsularischen Vertretungen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt  
Freiburg i. Br., Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.  
Konsularagentur Saarbrücken

Postenchefkonferenz 1975

Sie erhalten beiliegend in zwei Exemplaren  
./.  
das von der Botschaft erstellte zusammenfassende Papier  
über die vom 4. bis 6. Dezember 1975 in Köln statt-  
gehabte Postenchefkonferenz 1975. Es handelt sich dabei  
nicht um ein wörtliches Protokoll, sondern um eine  
schwerpunktmässige Zusammenfassung dessen, was unter  
den Traktandenpunkten besprochen wurde.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

*M. Gelzer*  
(Gelzer)

*Kopie für an: Ramfko, O.I.*

*DZ*

*MS*

*LOW*

*ZW*

*HI*

Beilage erwähnt

Verteiler (s. sep. Blatt)

*GLS*

Verteiler

- Konsularische Vertreter (je 2 Exemplare)
- Teilnehmer der Botschaft (je 1 Exemplar)
- Botschafter Janner, EPD, Bern (1 Exemplar)
- Minister Jaccard, EPD, Bern (1 Exemplar)
- Minister Hegner (1 Exemplar)
- Minister Steinhäuslin (1 Exemplar)
- Herr Chappuis (1 Exemplar)
- Verwaltungsdirektion, EPD, Bern  
(mit der Bitte, eventuell andere  
interessierte Stellen wie  
Politische Direktion, Direktion  
für internationale Organisationen,  
Direktion für Völkerrecht,  
Handelsabteilung zu dokumentieren) (10 Exemplare)

003.2.

Postenchefkonferenz 1975

in Köln (4. bis 6. Dezember 1975)

---

- 2 -

TEILNEHMER

Botschaft: Botschafter Michael Gelzer (Vorsitz)  
Minister Anton Hegner  
Botschaftsrat Gustave Dubois  
Botschaftsrat Walter Rieser  
Botschaftsrat Franz Birrer  
Botschaftssekretär Peter Egger  
Konsul Walter Brunner  
  
Oberstdivisionär Karl Walde  
Oberst Heinrich Leuenberger  
Hauptmann Rolf Schmid

Postenchefs: Generalkonsul Robert Beaujon, Frankfurt a.M.  
Generalkonsul Christian Gander, Düsseldorf  
Generalkonsul Enrico Homberger, Hamburg  
Generalkonsul Max Meier, Berlin  
Generalkonsul Henri Rossi, München  
Generalkonsul Walter Vaterlaus, Stuttgart  
Konsul Ernst Schmid, Hannover  
Konsul Hans Sennhauser, Freiburg i.Br.  
Honorarkonsul Niklaus Herzog,  
Konsularagentur Saarbrücken

EPD Bern: Botschafter Antonino Janner  
Minister Maurice Jaccard

./.

TRAKTANDENLISTE

- A 1) Begrüssung durch den Missionschef  
und Bericht über den Stand der Beziehungen BRD - Schweiz
- A 2) Die Rolle der deutsch-schweizerischen Beziehungen für die  
schweizerische Wirtschaftsentwicklung: Industrie, Dienst-  
leistungen, Handel, Finanz. Multilaterale und bilaterale  
Interessen.
- A 3) Politische Perspektiven - Bundestagswahlen 1976
- A 4) Grenz- und Verkehrsfragen, Rheinschiffahrt
- A 5) Kulturelles
- B 1) Zusammenarbeit zwischen der Botschaft und den konsularischen  
Vertretungen  
- Politik  
- Wirtschaft  
- Kultur
- B 2) Probleme der Betriebsorganisation  
- Florian  
- Sicherheitsmassnahmen
- B 3) Kolonie  
- Entwicklung und Struktur  
- "kontakt"
- B 4) Konsularischer Schutz  
- Rechtliche Folgen der unterschiedlichen Volljährigkeit in:  
Strafsachen  
Vormundschaftsfällen  
bei Heirat  
- Unterstützung durchreisender Schweizer  
- AHV-Fragen  
- Immatrikulation und Ausweiskarte
- B 5) Wehrpolitische Fragen
- B 6) Varia

- 4 -

A 1) Begrüssung durch den Missionschef und  
Bericht über den Stand der Beziehungen  
Bundesrepublik - Schweiz

---

Botschafter Gelzer charakterisiert die Beziehungen als gut auf Bundesebene und auf Länderebene. Wir finden Interesse und positive Bewertung für unsere Probleme und deren Lösungsversuche. Bei allem Verständnis für unser Land und seine Institutionen ist doch festzuhalten, dass bei der älteren Generation eher Euphorie, bei der jüngeren Generation eher eine kritische Haltung vorherrscht. Vorurteile über die Schweiz sind auch vorhanden und oft stellt man, vor allem bei den Jungen, einfach mangelnde Kenntnis der Schweiz fest.

- 5 -

A 2) Wirtschaftliche Angelegenheiten, B 1) Zusammenarbeit  
zwischen der Botschaft und den konsularischen  
Vertretungen

---

Das von Botschaftsrat Dubois erarbeitete Exposé über die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland wurde den Postenchefs mit Zirkularschreiben Nr. 5/75 vom 1. Dezember 1975 vorgängig der Konferenz zugestellt. Herr Dubois erläuterte mündlich noch einige Punkte, insbesondere Fragen der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Posten und der Botschaft.

Generalkonsul Beaujon machte Angaben über seine Kontakte zur Bundesbank und zu den übrigen Banken auf dem Platze Frankfurt.

In der weiteren Diskussion zeigte sich, dass die Instruktionen über die Anwendung des Gebührentarifs bei Handelsauskünften nicht einheitlich zur Anwendung gelangen. Nach Ziffer 15 des Gebührentarifs sind Handelsauskünfte an ausländische Firmen, die sich nach Adressen schweizerischer Fabrikanten/Exporteure erkundigen, um bei diesen eventuell Waren zu beziehen (was auf eine Unterstützung der schweizerischen Exportanstrengungen hinausläuft), gratis zu erteilen.

Was die Anfragen deutscher, am Export ihrer Produkte nach der Schweiz interessierter Firmen anbelangt, sind die Ausführungen unter Ziffer 53 der Richtlinien für die diplomatischen und konsularischen Vertretungen betreffend die Wahrung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Ausland (Nr. 951 der Zirkularsammlung des EPD) verbindlich. Die Botschaft beantwortet entsprechende Anfragen in der Regel dahin, dass diesbezüglich die Dienste von Exportförderungsinstitutionen (wie z.B. die Handelskammer Deutschland-Schweiz) oder Aussenvertretungen der BRD in der Schweiz in Anspruch zu nehmen sind.

./.

Anfragen schweizerischer Exportfirmen nach  
deutschem Adressenmaterial

Ist eine entsprechende Anfrage an eine konsularische Vertretung gerichtet, um Adressenmaterial ausschliesslich aus dem Konsularbezirk vermittelt zu erhalten, ist eine direkte Erledigung durch den Posten vorzunehmen. Anfragen, in denen das Gebiet, aus dem das Adressenmaterial gewünscht wird, nicht näher umschrieben ist, sind vorzugsweise der Botschaft zuzuleiten, die die gewünschten Adressen bundesweit vermittelt. Damit können Doppelspurigkeiten (und eventuell auch eine doppelte Erhebung der Gebühren für eine Handelsauskunft mit identischen Angaben) vermieden werden.

Bei der Behandlung weiterer Fragen der bilateralen Handelsbeziehungen kam noch der Wunsch zum Ausdruck, dass die nördlichen Regionen der BRD vermehrter Absatzförderung teilhaftig werden sollten. Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung sollte hier aktiver werden.

Die Organisation von sogenannten Schweizer Wochen ist wohl zu unterstützen, doch bleibt die Wirkung oft fraglich.

Die Bestrebungen zur Gründung weiterer Schweizer Wirtschaftsclubs sind zu verfolgen, doch ist ein Einsatz an Zeit und Aufwand seitens der Vertretung mit den eher skeptisch zu beurteilenden Aussichten in Einklang zu bringen.

Bei innerdeutschen wirtschaftspolitischen Fragen (wie Mitbestimmung usw.) ist in Diskussionen zu vermeiden, dass der Eindruck einer "Einmischung" aufkommen könnte.

Die wirkungsvolle Tätigkeit der Büros der Verkehrszentrale zur Förderung des Tourismus nach der Schweiz ist zu unterstützen. Eventuelle bei den konsularischen Vertretungen eingehende Reklamationen betreffend Unterkunft in Hotels usw.

- 7 -

in der Schweiz, sind der Botschaft zu melden, die gegebenenfalls einen Gesamtbericht zuhanden der Verkehrszentrale in Zürich erarbeiten könnte. Nicht ausser Acht zu lassen ist, dass bei einer Setzung von Prioritäten in der Fremdenverkehrswerbung die Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland kaum noch zu verstärken sind.

- A 3) Politische Perspektiven und Bundestagswahlen 1976,  
 B 1) Zusammenarbeit zwischen der Botschaft und den  
 konsularischen Vertretungen
- 

Minister Jaccard gibt einen Ueberblick über die innenpolitische Situation der Schweiz. Von Staatskrise nach den Nationalratswahlen 1975 kann keine Rede sein. Wir haben einen Trend nach der Mitte, Verluste sowohl der rechten wie der linken Extremen. Eine grosse Zahl von Revisionen (Bundesverfassung und Gesetzgebung) steht in der Schweiz bevor. Es lässt sich kein einheitlicher Konsens in der Oeffentlichkeit betreffend diese Revisionen feststellen (z.B. eheliches Güterrecht, Schwangerschaftsabbruch, Parteienfinanzierung, Presseförderung usf.). Wir finden in einer veränderten Welt immer rascher immer neue Probleme mit vermehrter, bisher ungewohnter Zunahme von Staatseingriffen. Eine Reorganisation der Bundesfinanzen ist so ungeheuer schwierig, weil der Bund zu zwei Dritteln nur als "Umwälzpumpe" funktioniert und dieses Geld an Subventionsempfänger im weitesten Sinne weitervermittelt.

Minister Hegner informiert über die Methodik der Botschaft bei der Informationsbeschaffung für die politische Berichterstattung und über die Schwerpunkte der deutschen Aussenpolitik.

Botschaftsrat Rieser gibt einen Ueberblick über die Formierung der drei grossen Parteien nach ihren diesjährigen Parteitage im Hinblick auf das Wahljahr 1976.

Die Postenchefs werden möglicherweise im Verlauf des Wahljahres von der Botschaft um Berichte aus ihren Bundesländern (politische Trends, Ergebnisse von Landtagswahlen, Landesparteitage) gebeten werden. Es bleibt ihnen in wichtigen Einzelfällen auch anheimgestellt, aus eigener

- 9 -

Initiative an die Botschaft zu berichten. Jedenfalls soll damit nicht eine regelmässige politische Berichterstattung der konsularischen Vertretungen an die Botschaft eingeführt werden.

Grundsätzlich sind Berichte über politische Entwicklungen aus dem Konsularkreis, wenn sie Dinge von nationaler Wichtigkeit betreffen, an die Botschaft zu richten; wenn sie regionale Angelegenheiten behandeln, an das EPD mit Kopie an die Botschaft.

Pressausschnitte über die Schweiz sind nur an die Botschaft zu senden, wenn sie eine deutsche Meinung wiedergeben (keine Agenturmeldungen).

Generalkonsul Meier (Berlin) informiert über die Situation Berlins auf den verschiedensten Gebieten.

Der Text eines aus Zeitmangel nicht gehaltenen Referates von Generalkonsul Rossi (München) über  
./.  
"Bayern und die Kooperation der Alpenländer" findet sich in der Beilage.

./.

A 4) Grenz- und Verkehrsfragen, Rheinschifffahrt

- Dieser Traktandenpunkt konnte aus Zeitmangel nicht mehr behandelt werden. In der Beilage findet sich eine Notiz über "Die deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission für Regionalfragen" (Beilage 1) sowie ein von Konsul Sennhauser (Freiburg) vorbereitetes Referat über "Grenz- und Verkehrsfragen aus der Sicht des Konsulates Freiburg" (Beilage 2).
- ./.
- ./.

A 5) Kulturelles, B 1) Zusammenarbeit zwischen der  
Botschaft und den konsularischen Vertretungen

Botschaftsrat Birrer weist auf die Bedeutung der kulturellen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland hin: Wohl mit keinem andern Land sind unsere Beziehungen derart intensiv und mannigfaltig, wie mit der Bundesrepublik und West-Berlin. Wie kaum ein anderes Partnerland hat die BRD zudem eine Vielzahl kulturell sehr regsamer Städte und Zentren, so dass nicht nur die Botschaft, sondern auch alle konsularischen Missionen mit diesem Kulturaustausch in Berührung kommen.

Obwohl die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum grossen Teil (wie die Wirtschaftsbeziehungen) "privater" Natur sind, können sowohl die Botschaft als auch die Konsulate nützliche und immer wieder dankbar vermerkte Beiträge leisten. Unsere Tätigkeit auf diesem Gebiet ist übrigens auch im Sinne der Kommission Spühler (s. Bericht der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland vom 11. Dezember 1974) als auch im Sinn und Geiste der Arbeitsgruppe "Florian" (s. Bericht "Ein Aussenministerium befragt sich selbst", März 1975, insbesondere S. 25 ff.).

Um sich im gegebenen Moment in nützlicher Weise einschalten zu können, sind persönliches Interesse und ein gewisses Mass an eigener Initiative nötig. Ausser bei den von Pro Helvetia unterstützten Darbietungen ist niemand - weder Künstler, noch Veranstalter noch irgendeine Institution in der Schweiz - verpflichtet, die diplomatischen und konsularischen Vertretungen über kulturelle Veranstaltungen zu informieren, so dass sich diese anhand der längerfristigen Programme und Veranstaltungskalender informieren müssen und (ähnlich wie auf wirtschaftlichem Gebiet) zu Museumsdirektoren,

wichtigen Galeristen, Konzertveranstaltern, Künstlern usw. Verbindungen unterhalten und pflegen sollten.

In der Diskussion nimmt das Thema "Kulturelle Berichterstattung" (Vorschau, Rückschau, Statistik, Berichte, Zeitungsartikel) einen breiten Raum ein. Im einzelnen ist hier folgendes festzuhalten:

Der Kern, nämlich Ziff. 2 a und b, der Weisung 824 vom 10. Juni 1968 ist mit Schreiben vom 19. Oktober 1972 ausser Kraft gesetzt worden, womit auch die diesbezüglichen Weisungen der Botschaft im Rundschreiben Nr. 26/68 vom 6. Dezember 1968 hinfällig geworden sind; insbesondere müssen seit 1972 keine Statistiken mehr abgeliefert werden.

Vermutlich wird die Weisung 824 in absehbarer Zukunft revidiert, so dass sich die Botschaft vorbehalten muss, auch das Rundschreiben Nr. 26/68 neu zu fassen. Für den Moment gilt, dass nicht beabsichtigt ist, die Vor- und Rückschauen in der bisherigen Form weiterzuführen (immerhin wird die Botschaft versuchen, dem vierteljährlich erscheinenden Mitteilungsblatt "kontakt" jeweils einen kleinen, für das ganze Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlin geltenden kulturellen Veranstaltungskalender beizugeben). Die konsularischen Vertretungen werden indessen gebeten, die Botschaft über wichtigere kulturelle Veranstaltungen mit schweizerischer Beteiligung (namentlich mit Künstlern und Beiträgen aus der Schweiz) im voraus auf dem laufenden zu halten und nachträglich mittels Katalogen, Zeitungsartikeln etc. zu dokumentieren. Berichte und Zeitungsartikel sollten nur dann direkt an Pro Helvetia (mit Kopie an die Botschaft und die Direktion für internationale Organisationen) gesandt werden, wenn Pro Helvetia an der Veranstaltung direkt beteiligt ist; andernfalls sind sie im Original an die Botschaft zu richten.

- 13 -

In der Regel ist es empfehlenswert, die Spitzen der Schweizerkolonie (zum mindesten die Präsidenten der Schweizervereine) sowie ein paar prominente Persönlichkeiten, von denen man weiss oder annehmen muss, dass sie sich für "Kulturelles" interessieren, über bevorstehende Veranstaltungen zu orientieren.

Im übrigen steht die Botschaft für Informationen und Unterlagen auf kulturellem Gebiet jederzeit und sehr gerne zur Verfügung.

## B 2) Probleme der Betriebsorganisation

### - Florian

Botschafter Janner skizziert den gegenwärtigen Stand der Realisierung der vorgeschlagenen Massnahmen und beantwortet gewisse Fragen der Postenchefs.

### - Sicherheitsmassnahmen

Botschafter Janner charakterisiert die Entführung von Diplomaten als präsumtiv heute weniger aktuell. Im Hinblick auf Besetzungen von Botschaften mit Geiselnahmen ist ein Ausbau zur Festung nicht möglich. Es müssen Fluchtwege und je nach Situation das nach gesundem Menschenverstand und den zur Verfügung stehenden Mitteln Mögliche vorgesehen werden. An der Zentrale ist ein Krisenstab für Geiselnahmen gebildet worden. Eine Festlegung auf Nachgeben oder Höhe eines zu zahlenden Lösegeldes ist nicht möglich.

Einzelne Postenchefs erklären das bei ihnen getroffene Sicherheitsdispositiv.

B 3) Kolonie- Entwicklung und Struktur

Die von den Postenchefs gemachten Angaben über die Entwicklung und Struktur der einzelnen Schweizer Kolonien zeigen, dass die Zahl der Landsleute in der Bundesrepublik trotz der wirtschaftlichen Rezession im Jahre 1975 nicht abgenommen hat. Für das gesamte Bundesgebiet ist im Gegenteil eine leichte Zunahme von Mitbürgern zu verzeichnen. Die Ueberalterung ist in den Konsularbezirken von Köln und Berlin am ausgeprägtesten.

Auch in Bezug auf die berufliche Tätigkeit der in der Bundesrepublik niedergelassenen Schweizer können keine aussergewöhnlichen Veränderungen festgestellt werden.

Minister Jaccard weist im Verlauf der Konferenz auf die Wichtigkeit hin, junge Landsleute vermehrt zur Teilnahme am Kolonieleben anzuregen. Er macht auch auf die Betreuung der Akademiker und Künstler aufmerksam und betont, dass in solchen Fällen mit besonderer Sorgfalt vorzugehen ist.

In seinen Ausführungen kommt Minister Jaccard auch auf die politischen Rechte der Auslandschweizer zu sprechen, wobei er ebenfalls über das Wahl- und Stimmrecht der eidgenössischen Beamten auf den Aussenposten orientiert. Mit Bedauern wird von der unbefriedigenden Lösung Kenntnis genommen, die den stimmberechtigten Familienangehörigen unserer Auslandsbeamten die Möglichkeit der Stimmabgabe bei den Aussenvertretungen nicht zugesteht. Es wird auf den Bericht Florian, Seite 76, verwiesen. Die Sonderlösung für das Auslandspersonal ist deswegen gerechtfertigt, weil die Beamten im Aussendienst einer Bewilligung zum Verlassen des Aufenthaltsstaates bedürfen und diese aus naheliegenden Gründen nicht allen gleichzeitig erteilt werden kann.

Dieser Bewilligung bedürfen aber die Familienangehörigen unserer Auslandsbeamten nicht.

- "kontakt"

Bei der Besprechung der mit "kontakt" gemachten Erfahrungen kann festgestellt werden, dass die Meinungen der Konferenzteilnehmer über Qualität und Nutzen der Zeitschrift auseinandergehen. Folgende Punkte kommen hauptsächlich zur Sprache:

1. Es wird kritisiert, dass gewisse Artikel nicht veröffentlicht oder gekürzt werden. Minister Jaccard macht darauf aufmerksam, dass sich solche Massnahmen aus Platzgründen nicht vermeiden lassen.
2. Als wahrscheinliche Folge der Rezession machen sich Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Inseraten bemerkbar.
3. An den amtlichen Mitteilungen wird beanstandet, dass diese zu lang, zu abstrakt gehalten und unverständlich sind, weshalb die Gefahr besteht, dass sie nicht gelesen werden. Minister Jaccard weist darauf hin, dass es nicht leicht ist, Abhilfe zu schaffen, weil amtliche Bekanntmachungen gezwungenermassen keine besonders spannende Lektüre sind.
4. Es steht fest, dass die Veröffentlichungen über die AHV zu massiven, alle Erwartungen übertreffenden Beitritten geführt haben, woraus geschlossen werden kann, dass "kontakt" trotz der gegenteiligen Meinung verschiedener Konferenzteilnehmer von vielen Landsleuten aufmerksam gelesen wird. Minister Jaccard besteht deshalb darauf, dass Mitteilungen der Vertretungen an die Immatrikulierten unbedingt durch "kontakt" und nur in ausgesprochenen Notfallsituationen mit besonderen Zirkularen bekanntzumachen sind.

5. Im Zusammenhang mit AHV-Mitteilungen, welche nicht ganz mit den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmen, macht Minister Jaccard darauf aufmerksam, dass die amtlichen Mitteilungen über die AHV vom Bundesamt für Sozialversicherung stammen.
6. Ueber das Niveau der allgemeinen, vor allem kulturellen Artikel sind die Ansichten der Konferenzteilnehmer verschieden. Es wird die Auswahl der Autoren bemängelt. Minister Jaccard zeigt anhand einer Liste der Artikel und ihrer Verfasser, dass bei der Selektion auf Qualität geachtet wird.
7. Da gewisse Unklarheiten über das Konzept von "kontakt" zu bestehen scheinen, erinnert Minister Jaccard die Postenchefs an die am 13. April 1971 versandte Mitteilung des Departements, in welcher die Gründe und der Zweck des damals neuen Informationssystems dargelegt werden.
8. Zum Abschluss der Aussprache heben verschiedene Konferenzteilnehmer die nach ihrer Sicht bestehenden positiven Seiten von "kontakt" (Arbeitersparnis, gute Orientierung, wesentliche Hilfe für die Schweizervereine) hervor. Sie sind mit Recht der Ansicht, dass Auslandschweizer, die sich ausführlich zu informieren wünschen, dies durch die Tagespresse und andere Zeitschriften zu tun hätten.

#### B 4) Konsularischer Schutz

Minister Jaccard macht in seinen einleitenden Worten zum Kapitel "Konsularischer Schutz" im Zusammenhang mit verschiedenen Anfragen der Postenchefs darauf aufmerksam, dass das massgebende Alter unter Umständen verschieden beurteilt wird, je nachdem es sich um Strafsachen, Vormundschafsfälle, Heirat, Handlungsfähigkeit usw. handelt. Es kann auch nicht allgemeingültig gesagt werden, ob schweizerisches oder deutsches Recht anwendbar ist. Die Fälle können in tatbeständlicher und rechtlicher Beziehung schwierige Fragen aufwerfen. Zuständig zur Entscheidung sind häufig die Gerichte. Die Beurteilung kann auch deswegen problematisch sein, weil sowohl in der Schweiz wie in der Bundesrepublik ein Teil der in Frage kommenden Gesetze in Revision begriffen ist. Aus all diesen Gründen sind die Postenchefs gut beraten, wenn sie bei der Erteilung von Rechtsauskünften grösste Vorsicht walten lassen. Es bleibt ihnen unbenommen, einen Einzelfall der Zentrale zu unterbreiten.

Die Diskussion über die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Änderung des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes, nach welchem die nach dem 31. März 1953, jedoch vor dem 1. Januar 1975 geborenen ausländischen Kinder deutscher Mütter die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen können, zeigt, dass es grundsätzlich nicht zur Aufgabe der konsularischen Vertretungen gehören kann, unsere Landsleute in einer Angelegenheit zu beraten, die den Erwerb eines ausländischen Bürgerrechts betrifft. Die Vertretungen können die Mitbürger lediglich auf die Folgen in bezug auf das Schweizerbürgerrecht aufmerksam machen. Die Frage, ob ein Schweizerbürger ein ausländisches Bürgerrecht erwerben will oder nicht, hat er allein zu würdigen und zu entscheiden. Die Vertretungen sollten in solchen Fällen keine Empfehlungen geben.

- 19 -

Dies umso weniger, als in den meisten Fällen die persönlichen Verhältnisse (familiäre Bindungen, Beruf, wirtschaftliche Lage usw.) den Vertretungen nicht bekannt sind, es sich um Entscheidungen mit langfristigen Auswirkungen handelt und die künftigen Entwicklungen nicht vorausgesehen werden können.

Für die Betreuung von Strafgefangenen ist in erster Linie Artikel 17 des Reglements des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes vom 24. November 1967 massgebend. Die Praxis muss sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles und nach den im betreffenden Land herrschenden Verhältnissen richten. Es ist ein Unterschied, ob ein Schweizerbürger in einem Land verhaftet ist, das weitgehende rechtstaatliche Garantien gewährt, oder ob Polizeigewalt, Geheimverfahren und Willkür herrschen. Genaue und detaillierte Verhaltensmassregeln lassen sich nicht allgemeingültig aufstellen. Der gesunde Menschenverstand muss uns auch in diesen Fragen leiten.

Beim Traktandum "Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung" kritisieren mehrere Postenchefs mit Recht die schleppende Erledigung von Geschäften durch die Ausgleichskasse in Genf. Die bei den Posten dadurch entstehende Mehrarbeit ist beträchtlich und die Verstimmung oder Enttäuschung der Versicherten verständlich, wenn Rentenzahlungen wegen verspäteter Rentenentscheide nicht pünktlich vorgenommen werden können. Grosse Mehrarbeit verursachte auch die im Laufe des Jahres angeordnete Kursänderung. Eine Intervention der Zentrale bei der Ausgleichskasse in Genf zur Vermeidung solcher Vorfälle wird angeregt. Minister Jaccard erwähnt die grossen Schwierigkeiten, in welchen sich die Ausgleichskasse wegen Arbeitsüberlastung befindet und ermahnt zu Geduld bei der Zusammenarbeit mit dieser Amtsstelle.

./.

- 20 -

Anschliessend informiert Minister Jaccard über die zur Zeit durchgeführten Vorbereitungsarbeiten für die Revision der Immatrikulationsvorschriften. Ziel dieser Revision ist es, unseren Vertretungen administrativ die Arbeit zu erleichtern, das Matrikelregister mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen (was vor allem die Exmatrikulation berührt) und auf andere Rechtsgebiete (wie Bürgerrecht, ZGB, Passwesen, AHV) Rücksicht zu nehmen. Während drei Jahren soll aus Spargründen auf die Auslandschweizerstatistik verzichtet werden.

Aus dem Kreis der Postenchefs wird auf den anlässlich der letzten Konsularkonferenz gefassten Beschluss über die Abschaffung der Passverlustanzeigen verwiesen. Botschafter Janner macht erneut darauf aufmerksam, dass der Versand solcher Meldungen überflüssig und deshalb zu unterlassen sei.

Konsul Brunner informiert die Konferenzteilnehmer über die vom Bundesministerium des Innern erhaltene abschlägige Antwort auf die letzte Anfrage der Botschaft wegen der Anerkennung einer von der Eidgenössischen Polizeiabteilung vorgeschlagenen Ausweiskarte für die Schweizer in der Bundesrepublik. Der negative Entscheid der deutschen Behörden wird damit begründet, dass nach deutschem Recht nur offizielle Reisedokumente in der Bundesrepublik auch als Personalausweise anerkannt werden können. Damit entfällt ein hinlänglicher Grund für die Abgabe der Ausweiskarte an Schweizer in der Bundesrepublik. Die Angelegenheit ist nicht weiterzuverfolgen.

B 5) Wehrpolitische Fragen

Divisionär Walde orientiert über die geistige und materielle Lage in der Bundeswehr sowie über die Beziehungen zwischen der Schweizer Armee und der Bundeswehr, Oberst i Gst Leuenberger über das Wehrklima in der Schweiz und über den geplanten Weiterausbau unserer Armee (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Leitbild der militärischen Landesverteidigung in den achtziger Jahren vom 29. September 1975).

B 6) Varia

Es ist in Aussicht genommen, die nächste Postenchefkonferenz, nach der Uebersiedlung der Botschaft, im Jahre 1977 in Bonn abzuhalten.

Bayern und die Kooperation der Alpenländer

von Generalkonsul Henri Rossi, München

Es gibt eine ganze Reihe von Gremien und Organisationen, die sich mit den zeitgemässen Problemen der Alpenregionen befassen. Alle diese Organisationen, die teils auf den Europarat oder zwischenstaatliche Anregungen, teils auf die UNESCO, teils auf den Naturschutzbund, teils auch auf private Initiative zurückgehen, sind hier für uns ohne Belang, weil sie zwar hauptsächlich auch wissenschaftlich ökologische, raumplanerische oder kommerziell touristische Ziele im Auge haben, aber politisch kaum hervortreten. Uns interessieren hier nur Bestrebungen, die in die bayerische Politik und damit, in einem weiteren Sinn, auch in die schweizerische Landesplanung und Verkehrspolitik hineinspielen.

Als auslösendes Moment für die heute bestehende, politische Seilzieherei zwischen Rot und Schwarz darf die im Dezember 1971 in Bozen erfolgte Gründung der sich regelmässig jedes Jahr treffenden "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Parteien der Alpenregion" betrachtet werden, nachdem 1971 der Deutsche Werkbund Bayern mit der Vortragsreihe "Die Zukunft der Alpenregion" die besonderen Anliegen der Alpenländer in die breitere Öffentlichkeit getragen hatte. Diese sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft regte Mitte März 1973 die Gründung eines sogenannten "Alpenrats" an, der sich mit Landesplanung, Natur- und Heimatschutz, Energiewirtschaft, Bodenrecht, Landwirtschaft, Verkehrsplanung und Tourismus beschäftigen und seine Erfahrungen und Auffassungen den regionalen Parlamenten als Lösungsvorschläge unterbreiten sollte. Er war also nicht als internationales Beschluss-, sondern nur als Empfehlungsorgan gedacht. Die Regierungschefs der einzelnen Länder wurden aufgefordert, ihre bisherigen Kontakte durch Beteiligung von Parlamentariern, auch der Opposition, zu erweitern: Der Alpenrat sollte bestehen aus 65 Vertretern der verschiedenen Länder, wovon 39 von den

- 2 -

Parlamenten und 26 von den Länderregierungen nominiert. Die BRD, Italien, Oesterreich und die Schweiz sollten je 15, Liechtenstein 5 Vertreter haben. Teilnehmer sollten nicht diese Staaten, sondern Bayern, die Lombardei, Südtirol, das Trentino, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Appenzell, Graubünden und St. Gallen sein.

Obwohl der "Alpenrat" Parlamentarier der Regierungs-parteien und der Opposition umfassen sollte, und noch im September 1974 von der Arbeitsgemeinschafts-Tagung in Bern wieder gefordert wurde, konnte er bis heute nicht das Licht der Welt erblicken. Aus begreiflichen Gründen: Regierungen und Parlamente der oben genannten Länder und namentlich Bayerns sind überwiegend schwarz, lehnen eine Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Regionalplanung strikte ab, ferner sei ein solches Gremium zu theoretisch und unfähig, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. Die Sozialdemokraten behaupten auch, die andere lose Arbeitsgemeinschaft der schwarzen Regierungschefs (kurz ARGEALP genannt) wolle sich durch eine parlamentarische Beteiligung nicht einer Kontrolle und parteipolitischen Regional-Interessen aussetzen, was ohne Zweifel ebenfalls stimmen dürfte.

Der schwarze Gegenzug blieb nicht aus. Auf Anregung der CSU und Einladung des Tiroler Landeshauptmanns Wallnöfer trafen sich am 12./13. Oktober 1972 in Mösern bei Seefeld/Tirol die Präsidenten des Freistaates Bayern, der Provinz Bozen/Südtirol, der Provinz Trient, des Kantons Graubünden, der Region Lombardei und der Länder Salzburg, Tirol und Vorarlberg. Auf dieser Tagung wurden regelmässige Zusammenkünfte (bisher einmal im Jahr) auf Regierungsebene vereinbart, wobei diese mit einem Mindestmass an Institutionalisierung im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (im folgenden ARGEALP genannt) vorbereitet und durchgeführt werden sollen. Versuche durch die Lombardei und

- 3 -

das Land Tirol, eine Institutionalisierung der Konferenzen mit weitgehenden Kompetenzen und verbindlicher Beschlussfassung durchzudrücken, wären und sind namentlich für den Kanton Graubünden unannehmbar, da die Bundesverfassung die Aussenpolitik ausdrücklich dem Bunde vorbehält. Auch die ARGEALP behandelt Fragen des transalpinen Strecken- und Schienenverkehrs, der alpenländischen Raumordnung, vor allem der Siedlungsstruktur sowie der Landwirtschaft und des Umweltschutzes. Die von Sonderkommissionen unterbreiteten Vorschläge werden in gemeinsame Empfehlungen gefasst und von den Mitgliedern der ARGEALP befolgt, soweit sie dafür zuständig sind. Wenn nicht, werden die Empfehlungen an die Parlamente und Bundesregierungen befürwortend weitergegeben, wobei man sich für ihre Durchführung einzusetzen hat.

Von den bisherigen Vorschlägen der ARGEALP, die bereits fünfmal tagte, seien nur zwei erwähnt, weil sie für unser Land eine besondere Wichtigkeit haben:

Die zwei Flachbahnen unter dem Splügen und dem Brenner, mit dem Bau zweier 40 bis 50 Km langer Tunnels zwischen Innsbruck und Sterzing und zwischen Chur und Lecco. Bauzeit 6 bis 12 Jahre. Kosten 4 bzw. 12 Milliarden. Wichtig ist ferner für unser Land der geforderte Vollausbau der Autobahn Ulm-Lindau-Chur-San Bernardino-Bellinzona. Es ist bekannt, welche Unruhe seinerzeit namentlich das Projekt der Splügenbahn in der schweizerischen Oeffentlichkeit hervorrief. Fünf Sechstel unseres Territoriums würden dadurch umfahren. Inzwischen hat sich der Sturm gelegt, schon wegen der Unmöglichkeit, mittel-, ja langfristig die ungeheuren Beträge hierfür aufzutreiben. Ausserdem hält die deutsche Bundesregierung unverändert an der Absprache von 1972 zwischen dem damaligen Bundesverkehrsminister Leber und Bundesrat Bonvin fest, wonach die Priorität eines vollen Ausbaus der bestehenden Linien Gotthard und Bern-Lötschberg-Simplon weiter bestehe. Das Splügen-Projekt soll erst im Jahre 2000 spruchreif werden. Wie Bundesrat

- 4 -

Ritschard noch auf der Arbeitstagung sozialdemokratischer Parteien der Alpenländer in Bern im September vorigen Jahres sagte, kann sich die Schweiz künftig keinen Verkehrsluxus mehr leisten. Dies mag ein unmissverständlicher Hinweis auf das "schwarze" Splügen-Projekt gewesen sein. Wenn sie sich auch bewusst ist, dass das Splügen-Projekt aus finanziellen Gründen vorläufig unrealisierbar ist, halten aber die ARGEALP und auch der Kanton Graubünden nach wie vor an diesem Vorhaben fest.

Es kann nicht geleugnet werden, dass sich die ARGEALP bis heute besser als ihre sozialistische Schwester in den Vordergrund stellen konnte. Dies nicht nur deshalb, weil hier Regierungschefs benachbarter Länder Verkehrs- und andere Politik, zwar nur in regionalem Rahmen aber doch in kleinen, konkreten Ergebnissen koordinieren und ausführen können, sondern auch, weil sie sich dabei auf einen Staats- und Beamtenapparat stützen können. Andererseits kann die ARGEALP von sich aus wichtige Lösungen nicht durchsetzen, weil ihre Vorschläge mit den gesamteuropäischen Planungen bei weitem nicht immer übereinstimmen und für diese Planungen die jeweiligen Zentralregierungen zuständig sind, die nun einmal in Bonn und Wien sozialistisch sind. Es besteht daher heute eine ausgesprochen unfruchtbare Patt-Situation zwischen den zwei Arbeitsgemeinschaften, was bedauerlich ist, weil von beiden Seiten manchmal recht gute Vorschläge auftauchen.

Die treibende Kraft der ARGEALP ist ohne Zweifel die bayerische CSU und, in geringerer Masse, die ÖVP in den vorderösterreichischen Ländern, die ja zur SPÖ-Regierung in Wien ungefähr in ähnlichem Verhältnis steht wie die CSU zu Bonn. Der Freistaat Bayern ist, fühlt und handelt als föderalistisches Land, das sich sogar aussenpolitisch zu profilieren trachtet, soweit dies möglich ist und kein Zurückpfeiff von Bonn zu riskieren ist - ich erinnere nur an Straussens Reise nach China und Ministerpräsident Goppels

./.

- 5 -

kürzliche Reise nach Indien in relativ grosser Regierungsbegleitung. Auch die verhältnismässig ineffiziente ARGEALP ist für die CSU ein Mittel, sich ausserhalb der Grenzen zu profilieren; dies wäre schwieriger, wenn sie beispielsweise im sozialistischen Alpenrat mitmache, die ARGEALP erweitern oder institutionalisieren würde, wodurch sie ohne Zweifel Bern ins Gehege käme; in dieser Beziehung ist sie mit dem Kanton Graubünden einig, mit dem sie gute Beziehungen unterhält. Die ARGEALP ist für die CSU auch ein zugkräftiges Pferd für die Wahlkampagne. Stets wenn das Wahlfieber stieg, wies die CSU in der umweltschutzbesessenen Öffentlichkeit auf ihre tonangebende Stellung und ihre Verdienste in der ARGEALP hin, die allerdings bis heute, abgesehen von kleineren Projekten, deren Realisierung in der Zuständigkeit ihrer Länder lagen, überwiegend auf dem Sektor der Gutachten und Resolutionen tätig gewesen ist. Was geschähe, wenn die Unionsparteien die nächsten Wahlen gewännen und die CSU dann ohne Zweifel eine sehr starke Stellung erhielte, bleibe dahingestellt. Vermutlich wäre für uns auch dann noch schlimmstenfalls nicht viel mehr als ein Störpotential für unsere Verkehrs- und Landesplanung zu befürchten.

Aus diesen Ueberlegungen ergibt sich, dass eine Ueberbewertung der ARGEALP unsererseits fehl am Platze wäre, solange sie ihre heutigen Richtlinien befolgt.

November 1975  
R/k

Die deutsch-französisch-schweizerische  
Regierungskommission für Regionalfragen

Sie alle kennen die langjährige Tätigkeit der auf Privatinitiative zurückgehenden "Regio basilensis" und der von ihr getragenen "Conférence tripartite", die den Raum Basel, Freiburg, Colmar erfasst. Dank dieser Aktion war es möglich, zahlreiche freundschaftliche Probleme, die sich in diesem Gebiet ergaben, auf lokaler, offiziöser Ebene zu entschärfen oder sogar zu regeln. In der Folge wurden französischerseits gegen diese regionale oder subregionale Konzertation Bedenken laut, die zum Teil auf die zentralistische Funktion der französischen Hauptstadt, zum Teil auch auf die Rivalität Strassburgs gegenüber Colmar und Mülhausen zurückzuführen waren. Frankreich regte die Gründung einer "Commission tripartite" an. Im Laufe dieses Jahres nahm dieser Vorschlag Gestalt an. Es fanden Zusammenkünfte in Bonn und in der Schweiz statt. Am 3. November kam es, wie bereits erwähnt, zur ersten Zusammenkunft der neuen "Commission tripartite". Die Geburt der Kommission war von allerhand Wehen begleitet, vor allem auf französischer und auf deutscher Seite.

In Frankreich sucht Präsident Giscard d'Estaing zwar in letzter Zeit die Zügel des Pariser Zentralismus etwas weniger straff zu führen und den Regionen langsam ein gewisses Mitspracherecht, vor allem bei der Formulierung ihrer wirtschaftlichen und infrastrukturellen Ausrichtungen zu geben. Zum ersten Mal erhält das Elsass, nun "Région Alsace", unter dem Superpräfekten Sicurani, der im Kabinett Chaban-Delmas bereits für Regionalfragen zuständig war, eine für die beiden Departemente Haut-Rhin und Bas-Rhin zuständige Verwaltungsspitze. Der neue Superpräfekt hatte deshalb zum Teil verständliche Bedenken gegen eine zwar dreistaatliche Kommission, in der aber nur ein Departement seiner Region vertreten gewesen wäre.

- 2 -

In der Bundesrepublik hatte andererseits Stuttgart den Alleinvertretungsanspruch des Regierungspräsidiums Freiburg schon längere Zeit mit Missgunst betrachtet. Nachdem die Verhandlungen zur Gründung der Kommission auf staatlicher Ebene geführt wurden, entschloss man sich an der zwischenstaatlichen Zusammenkunft in Bonn im Frühsommer dieses Jahres, eine Kommission zu gründen, in der auf französischer Seite die gesamte Region Elsass, auf deutscher Seite zwar die dem Elsass gegenüberliegenden Regierungsbezirke der Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, aber nun unter der Leitung der beiden Landesregierungen und auf schweizerischer Seite die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land vertreten sind.

Die Schweiz hat alles Interesse daran, sich nicht in die innerstaatlichen Spannungen und Differenzen unserer Nachbarn einzumischen. Es scheint zudem trotz gewisser Nachteile, die bei der neuen Form der "Commission tripartite" in Kauf genommen werden müssen, begrüßenswert, dass die übergeordneten französischen und deutschen Instanzen ein offenes Interesse an der Vorbesprechung und Regelung der Probleme am Oberrhein beweisen. Für die Schweiz war es leichter, auf diese zwischenstaatliche Formel einzuschwenken, nachdem eine seit einiger Zeit tätige schweizerisch-französische Regierungskommission im Raum Genf durchaus befriedigende Resultate auf lokaler Ebene gezeitigt hatte. Zudem wurde das Interesse aller drei Staaten an der Schaffung dieser Kommission besonders deutlich, als nach der Energiekrise diesseits und jenseits des Rheins, und zwar stets aus nationaler oder lokaler Sicht, der Bau zahlreicher Kernkraftwerke geplant wurde, gegen den sich in allen drei Ländern - vide Wyhl, Kaiseraugst und Fessenheim (Elsass) - Protestbewegungen bildeten. An der Sitzung vom 3. November beschlossen die Teilnehmer die Gründung eines Umweltausschusses, der sich auch vorrangig mit den Fragen der Kernkraftwerke befassen wird. Es ist selbstverständlich, dass gerade hier der Beizug

- 3 -

von Vertretern der Zentral- und der Länderregierungen wünschenswert, sogar unerlässlich ist.

Leider konnte die "Conférence régionale", die in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet hat, nicht wie erhofft die Rolle der einen der beiden regionalen Unterkommissionen übernehmen, jene der Regio. Diese vernünftige Regelung wurde vor allem durch Spannungen innerhalb Baden-Württembergs verhindert. Trotzdem werden die Organe der Regio weitgehend von der "Commission" übernommen, und es scheint, dass nun auch Stuttgart bereit ist, dem Regierungspräsidenten von Freiburg bis zu einer gewissen Kompetenzschwelle die ihm traditionell zugestandene Handlungsfreiheit zuzugestehen. Es wurde eine Lösung gefunden, die die Weiterführung der bisherigen regionalen Zusammenarbeit ermöglicht. Ein "Regionalausschuss Süd" wird alle lokalen und regionalen Probleme behandeln, die grundsätzlich die drei Staaten Schweiz, Frankreich und BRD interessieren. Ein "Regionalausschuss Nord" wird alle lokalen und regionalen Probleme behandeln, die nur Frankreich und die BRD interessieren.

Die bestehende dreiseitige regionale Zusammenarbeit kann also weitergeführt werden, während die bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit noch aufzubauen ist.

Grenz- und Verkehrsfragen  
aus der Sicht des Konsulats Freiburg  
von Konsul Hans Sennhauser, Freiburg

Die Analyse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Hochrhein und Bodensee führt dem aufmerksamen Beobachter vor Augen, dass am Anfang einer solchen Kooperation nicht die Organisation stehen kann, sondern lediglich das Wissen gemeinsamer Aufgaben, die nicht nur jeden für sich, sondern alle Bewohner dieser Region gemeinsam angehen. Dann ist ferner die Bereitschaft zu erkennen, sich diesen Aufgaben gemeinsam zu stellen. Erst an dritter Stelle kommt der Versuch, konkrete Mittel und Wege der Zusammenarbeit zu finden.

Eine Notiz der Botschaft informiert Sie über die Entwicklung, die im Raum Basel, Colmar, Freiburg vorerst zur Gründung der "Conférence tripartite" und nun am 3. November 1975 zu einer Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland auf zwischenstaatlicher Ebene führte, die eine gemeinsame Regierungskommission für Regionalfragen in diesem Gebiet ins Leben rief.

Es hat den Anschein, dass die regionale Ebene, die sich bislang in der "Conférence tripartite" traf, sich auch künftig - zwar etwas eingeschränkt - in der Drei-Länder-Kommission Gehör zu verschaffen vermag.

Ich möchte im folgenden einige der vor allem den Konsularbereich Freiburg betreffenden Probleme anführen und kurz kommentieren; einige dieser Fragen werden auf der Traktandenliste der Drei-Länder-Kommission kaum fehlen.

Zollfreie Strasse Lörrach-Weil

Das älteste grenzüberschreitende Projekt, dessen Verwirklichung noch immer aussteht, ist die Zollfreistrasse von Weil nach Lörrach über Basler Gebiet. Die Grundlagen gehen auf einen Vertrag von 1852 zurück. In der Nachkriegszeit

- 2 -

wurde die Planung seit 1956 in unzähligen Verhandlungen, Stellungnahmen und Diskussionen unermüdlich vorangetrieben, ohne dass bis heute ein definitiver Entscheid getroffen wäre. In den letzten 15 Jahren wurden von deutscher Seite zur Ausräumung der verschiedensten Bedenken, die gegen die Linienführung immer wieder erhoben wurden, zehn Varianten mit zusätzlichen Untervarianten planerisch ausgearbeitet. Der lange Planungsweg hat in den Städten Weil und Lörrach bereits viel böses Blut aufgestaut, da man dort ein "besonderes Taktieren" der Basler Seite unterstellt.

Der derzeitige Stand: Die staatsvertragliche Regelung ist vorbereitet. Eine gemeinsame Planung ist technisch gutgeheissen und hat das Auflageverfahren bereits überstanden. Einigen neuesten Einwendungen von schweizerischen Anliegern wurde von der deutschen Strassenbauverwaltung stattgegeben, so dass ergänzte Planungsunterlagen vorgelegt wurden. Der Kanton Basel-Stadt ist im Wort, noch im Laufe dieses Jahres seinen Schlussentscheid zur Plangenehmigung zu treffen.

Man darf erwarten, dass der heutige Missmut bei Realisierung des Projektes sehr rasch in eine positive Stimmung umschlagen wird.

#### Autobahnanschluss und Zollanlage Weil

Die Planungen für den Zusammenschluss der Autobahnen Basel-Weil sind grundsätzlich seit langem abgeschlossen und in gutem Einvernehmen getroffen worden. Schwierigkeiten tauchten erst bei der Detailplanung auf, als die Geländebeanspruchung für die Gemeinschaftszollanlage ausschliesslich zu deutschen Lasten ging. Dieses Problem konnte durch einen zusätzlichen Geländetauschvertrag zwischen der Stadt Weil und der Stadt Basel, die ihr gehörige Grundstücke in diesen Vertrag einbrachte, einvernehmlich einer Lösung näher gebracht werden. Das baslerische Ausscheren vom Gemeinschaftsprojekt Bändlegrund erschütterte jedoch auf Weiler Seite den Willen

- 3 -

zum Gemeinschaftsprojekt der deutsch-schweizerischen Zollanlage auf deutschem Gebiet. Die Stadt Weil konnte nur mit zusätzlichen Konzessionen - wie Verkleinerung der Zollanlage und recht bedeutender Lärmschutzaufwendungen - "an der Stange" gehalten werden. Die Aufnahme der Bauarbeiten soll unmittelbar bevorstehen.

### Atomkraftwerke

Die Planungen für Atomkraftwerke sind in den letzten Jahren sehr rasch vorangetrieben worden, mit denen aber die Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeit der gegenseitigen Abstimmung nicht Schritt hielt. Die Schweiz hat ihre Standorte am Hochrhein belegt, die beiden Nachbarn haben jeweils mit Standortplanungen eine entsprechende Vielzahl von möglichen Bauplätzen reserviert. Es zeigt sich nun allzu deutlich, dass diesem Problem auf regionaler Ebene nicht beizukommen ist; die "Conférence tripartite" bemüht sich seit dem Jahre 1972 vergeblich, Ansätze für eine gemeinsame Betrachtung des Gesamttraumes unter dem Gesichtspunkt der Grenzbelastungswerte zu finden. Die Koordination muss auf die nationalen Energieträger und Planungsinstanzen überspringen. Die Dreiländer-Kommission soll sich auf Wunsch der regionalen Instanzen im Regiogebiet mit dieser Frage als vordringliches Traktandum befassen.

### Grenzgänger

Aehnliche nationale Aspekte zeigen sich auch beim Problem der Grenzgänger. Aber auch hier werden die Probleme dem Gesamttraum durch die konjunkturelle Entwicklung aufgezungen. Die Situation der Grenzgänger beweist, dass Grenzprobleme in ihrer Intensität Schwankungen unterworfen sind oder nach kurzer Zeit neue Aspekte gewinnen. Während in der Sicht der deutschen und französischen Nachbarn die Grenzgängerfrage bis vor wenigen Jahren das schweizerische Interesse an Arbeitskräften überdeutlich werden liess,

- 4 -

kann heute ein vorwiegend deutsches und französisches Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze für Grenzgänger konstatiert werden. Problemfelder im Detail liegen im Bereich des Versicherungswesens (Kurzarbeitergeld) vor.

\*\*\*    \*\*\*    \*\*\*

Dies sind nur einige Beispiele aus dem Katalog der schwierigen Probleme der Grenzlage. Dabei zeigen sich negative Erscheinungen mit einer gewissen Naturgesetzlichkeit im Agglomerationsraum Basel am frühesten und deutlichsten. Der Raum Basel ist insoweit im gesamten Grenzraum in seiner Problemdichte voraus.

Es gibt positive Beispiele für das Funktionieren gleichartiger Projekte in anderen Grenzgebieten. Die Gemeinschaftskläranlage Bibertal (im Kanton Schaffhausen), an welcher die deutschen Nachbargemeinden Ramsen, Gottmadingen und Rielasingen beteiligt sind, beweist die Möglichkeit reibungsloser Grenzaktionen. Sehr erfreulich verlaufen auch die Kontakte zwischen der Strassenbauverwaltung des Regierungspräsidiums Freiburg und der kantonalen Verwaltung in Aarau über die neue Brückenverbindung bei Stein-Säckingen. Insgesamt zeigt die Abstimmung des Strassennetzes ein recht positives Bild der Zusammenarbeit. Neben direkten Grenzübergängen liegen Planungen vor, die sich grenzüberschreitend auswirken werden: so wird der Teil der deutschen Hoahrheinautobahn Weil - Lörrach - Rheinfeldern im Endausbau die Funktion einer Nordumfahrung Basels übernehmen. Die Strecke Weil - Lörrach dieses Abschnittes ist bereits im Bau.

Die Palette der wichtigsten Grenzprobleme darf nicht abgeschlossen werden ohne den Blick auf den gemeinsamen Grenzstrom. Zu unterstreichen ist hier, dass derartige gemeinschaftliche und gemeinsam positiv bewertete Projekte, wie z.B. der Hoahrheinausbau mit den Flusskraftwerken vom ältesten in

- 5 -

Rheinfeldern bis zum jüngsten in Obersäckingen, die durch deutsches und schweizerisches Kapital finanziert wurden, entscheidend zum nachbarschaftlichen Koordinationswillen beitragen und damit auch Hilfestellung geben in Fällen, wo Grenzprobleme eine gegensätzliche Stellung aufzeigen.